

SCHWEIZER FREISINN

FDP International	3	Aus den Kantonen	6	Jungfreisinnige	9	Unter Freisinnigen	20
FDP Frauen	4/16	Mix	8	Aussenpolitik	10	Wettbewerb	22

32. Jahrgang / Erscheint sechsmal jährlich / Offizielles Organ der FDP. Die Liberalen

Inhalt

Porträt eines Liberalen

Seit fast 35 Jahren kann sich die lokale FDP in Buus auf den 79-jährigen Heinz Jäggi verlassen. Er ist Präsident und betreut FDP-Webseiten. Seit Jahrzehnten kämpft er gegen die Hochpreisinsel Schweiz und für eine Vereinfachung des Steuersystems. Der Schweizer Freisinn erzählt seine spannende Geschichte.

[Seite 7](#)

Probleme der Aussenpolitik

Leider hat die jüngste Vergangenheit schmerzlich bewiesen, dass unsere Aussenpolitik nicht für die heutigen Herausforderungen gerüstet ist. Es fehlt die klare strategische Ausrichtung. Nationalrat Walter Müller schreibt über die Notwendigkeit, die Schweiz gegenüber dem Ausland klarer zu positionieren.

[Seite 10](#)

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

Das Team vom Schweizer Freisinn ist ständig bestrebt, die Qualität der Zeitung zu verbessern. Nun haben Sie, liebe Leserinnen und Leser, die Gelegenheit, uns Ihre Meinung zu sagen. Am Schluss dieser Ausgabe finden Sie die Umfrage, die Sie entweder auf Papier oder auch online ausfüllen können. Als Belohnung winkt ein toller Preis.

[Seite 22](#)



FDP lanciert die Volksinitiative «Bürokratie-Stopp!»

Bürokratie behindert die Arbeit der KMU und schränkt die Freiheiten aller Bürger ein. In letzter Zeit haben sich die Beispiele sinnloser Bürokratie gehäuft. *FDP. Die Liberalen* stellt sich gegen diese Entwicklung und lancierte an ihrer ausserordentlichen DV vom 11. September in Unterägeri ZG eine Volksinitiative. [Ab Seite 17](#)

Karin Keller-Sutter



Mit ihrer berechenbaren und konsequenten Politik hat sie sich über die Kantons- und Parteigrenzen hinweg viel Anerkennung verschafft. Nun will sie ihre Regierungserfahrung als Vertreterin der Ostschweiz in den Bundesrat einbringen. Warum sie für den Bundesrat geeignet wäre, erfahren Sie auf den [Seiten 14 und 16](#)

Johann Schneider-Ammann



Kaum ein nationaler Parlamentarier gilt als so vernetzt und wird parteiübergreifend derart geschätzt wie der Berner Nationalrat Johann Schneider-Ammann. Der Unternehmer könnte wertvolle Erfahrung in den Bundesrat bringen. Warum er für den Bundesrat geeignet wäre, erfahren Sie auf [Seite 15](#)



Impression des Von-Wattenwyl-Hauses.

Ausserordentlicher Wechsel im Parteipräsidium

Der aus beruflichen Gründen per sofort zurücktretende Präsident wird durch seinen Vizepräsidenten ersetzt. Das Vizepräsidium übernimmt interimistisch Hildegard Weber.

Beat Schlatter, Präsident a. i.

Vergangenes

Am 14. Juni stand ein Höhepunkt des diesjährigen Veranstaltungskalenders auf dem Programm.

Nach der Besichtigung des Von-Wattenwyl-Hauses durfte Adelheid Bürgy-Schmelz zu einem Vortrag begrüsst werden.

Adelheid Bürgy-Schmelz, vormalige Direktorin des Bundesamts für Statistik (BfS), wechselte im Herbst 2008 zum Internationalen Währungsfonds (IMF). Sie wurde Direktorin der Abteilung Statistik des Internationalen Währungsfonds (IWF) und zeichnet dort verantwortlich für die statistischen Tätigkeiten des IWF.

Neuerungen

Im Zuge der Gestaltung eines neuen Werbemittels, welches die Vereinigung des Service Public demnächst

verteilen wird (Flyer), wurde der Internetauftritt wie die Internet-Adresse gewechselt. Die neue Adresse lautet: **www.fdp-servicepublic.ch**. Über diesen Link ist auch der aktuelle Veranstaltungskalender ersichtlich.

Bundesratswahlen

Mit Freude und Befriedigung nahm die *FDP.Die Liberalen* Service Public davon Kenntnis, dass sie von der FDP Schweiz eingeladen wurde, ihre Stellungnahme zu den Bundesratskandidaten abgeben zu dürfen.

Der Vorstand hat sich dafür entschieden, der Parteileitung und der Findungskommission die St. Galler Regierungsrätin Karin Keller-Sutter und den Industriellen Johann Schneider-Ammann im Zweierticket vorzuschlagen.

Am 3. September 2010 hat die *FDP.Die Liberalen* diese beiden Kandidaten für die Bundesratswahl vom 22.

September nominiert. Details sind auf der Homepage der FDP Schweiz unter dem Link Bundesratswahlen ersichtlich.

Veranstaltungskalender 2010

8. September 2010

Referat Direktor BIT Marius Redli
Ort: Zunfthaus zur Webern
18.30 Uhr Referat
anschliessend Apéro

4. November 2010

Generalversammlung
FDP.Die Liberalen Öffentlicher Dienst
18.00 Uhr GV
19.00 Uhr Apéro
Ort: Zunfthaus zur Webern

8. Dezember 2010

Fraktionessen

15. März 2011

Fraktionsapéro FDP

Treffpunkt: Restaurant zum äusseren Stand, www.aeussererstand.ch
18.30 Uhr Vortrag von Jürg Bucher, Konzernleiter der Schweizerischen Post
Anschliessend Apéro

Internet: www.fdp-servicepublic.ch

Möchten Sie Mitglied werden?

Arbeiten Sie im öffentlichen Dienst? Sind Sie liberal denkend? Sind Sie eventuell sogar in einer FDP-Ortspartei? Sind Sie an einer Mitgliedschaft interessiert?

Rufen Sie Herrn Beat H. Schlatter (079 582 39 20) an oder finden Sie unter www.fdp-servicepublic.ch das entsprechende Anmeldeformular.

FDP.Die Liberalen am Auslandschweizer-Kongress in St. Gallen

Braucht es eine direkte Vertretung der Auslandschweizer im Parlament? Wie soll diese aussehen? Kann das System der indirekten Vertretung durch den Auslandschweizererrat optimiert werden? Diese und ähnliche Fragen standen im Zentrum des 88. Auslandschweizer-Kongresses vom 20. bis 22. August in St. Gallen. Die *FDP.Die Liberalen* International waren mit einem gut besuchten Stand am Kongress präsent.

Die politische Vertretung der Auslandschweizer

Gehört zu werden und am politischen Prozess teilzunehmen, ist ein Grundrecht jedes Schweizer Bürgers, auch wenn er permanent oder temporär seinen Wohnsitz im Ausland hat. Bis heute vertreten die Auslandschweizer-Organisation und der Auslandschweizererrat die Interessen der Auslandschweizer. Eine direkte Vertretung im Parlament wird seit einigen Jahren gefordert und diskutiert. Im heute gültigen System, das Auslandschweizer Kandidaturen nur über kantonale Listen erlaubt, ist die Wahl eines Auslandschweizers ins Parlament allerdings äusserst unwahrscheinlich. Dieses System zu ändern wiederum, beispielsweise durch die Einführung eines «27. Kantons», ist ein langer Prozess und nicht unproblematisch, wie am Kongress deutlich gemacht wurde.

Pragmatische Ansätze

In den Parlamenten von Italien, Portugal und Frankreich sitzen seit einigen Jahren Abgeordnete mit Wohnsitz im Ausland. Franco Narducci, Parlamentarier in Italien mit Wohnsitz in der Schweiz, hat in seinem Referat das System vorgestellt und von seinen Erfahrungen berichtet. Für die Schweiz liegt eine solche Lösung, wenn überhaupt, noch in weiter Ferne. In der Zwischenzeit gilt es, Wege zu finden, die legitime Partizipation der globalen Schweizergemeinde am politischen Geschehen zu vereinfachen und ihre effektive und nachhaltige Vertretung zu fördern.

■ Die rasche Einführung von E-Voting und die konsequente Ausdehnung von E-Government sind zentrale erste Schritte.



Ständeratspräsidentin Erika Forster zählte ebenfalls zu den Gästen am Auslandschweizer-Kongress.

■ Die Einflussmöglichkeiten des Auslandschweizererrats als indirekte Vertretung sollen gestärkt werden, beispielsweise durch Einführung eines Anhörungs- und Vernehmlassungsrechts.

■ Als dringend wird die Schaffung eines Auslandschweizer-Gesetzes erachtet, das die Zuständigkeit für Angelegenheiten der Auslandschweizer in einem einzigen Departement zusammenfasst. Bis anhin sind fast alle Departemente für einzelne Aspekte zuständig, die aber überall nur mit tiefer Priorität behandelt werden.

Sensibilität für die «Weltschweizer» wächst

Dass diese Diskussionen überhaupt

geführt werden, ist ein erfreuliches Zeichen dafür, dass die Sensibilität für die Weltschweizer – eine spontane und passende Begriffskreation eines Kongressteilnehmers – in Politik, Medien und Bevölkerung zunimmt. Vor allem wird auch immer mehr erkannt, dass die Fünfte Schweiz nicht nur ihre Rechte fordert, sondern dank Erfahrungen rund um den Globus eine echte Bereicherung für die Schweizer Politik darstellt.

Viel Prominenz am FDP-Stand

Der Infostand der *FDP.Die Liberalen* International hat regen Zulauf erfahren. Geschäftsführer Samuel Lanz konnte vielen Interessierten die neu lancierte Webseite eins zu eins de-

monstrieren und unser Programm vorstellen. Mitglieder des Vorstandes haben zudem die Gelegenheit zum Dialog mit Landsleuten aus aller Welt genutzt. Erfreulicherweise haben sich aus diesen Gesprächen bereits erste Neueintritte in die internationale Sektion ergeben. Dass sich Ständeratspräsidentin Erika Forster sowie die Nationalräte Walter Müller und Markus Hutter Zeit genommen haben, am Stand präsent zu sein, war ein deutliches Zeichen, dass unsere Partei die Auslandschweizer ernst nimmt. Ihnen wie auch Nationalrätin Christa Markwalder, die unsere Positionen in einem Podiumsgespräch vertreten hat, gebührt ein herzliches Dankeschön.

Generalversammlung in St. Gallen

Im Rahmen des Auslandschweizer-Kongresses hat auch die Generalversammlung der *FDP.Die Liberalen* International stattgefunden. Die üblichen statutarischen Geschäfte gaben nicht viel zu reden, und auch die vorgeschlagene Mitgliederbeitrags-Erhöpfung hat Zustimmung gefunden. Interessant waren vor allem die Gespräche und der direkte Kontakt zu unseren Mitgliedern ausserhalb der traktandierten Geschäfte. Bedingt durch die Verteilung unserer Mitglieder über den ganzen Globus war nur eine beschränkte Zahl persönlich anwesend. Wir möchten in Zukunft mehr Personen die direkte Mitwirkung ermöglichen und werden uns neue Formen einer GV überlegen. DIALOG wird ohnehin grossgeschrieben für uns. Mit der neuen interaktiven Webseite, dem Newsletter-Konzept und den geplanten Veranstaltungen im Ausland sind erste Schritte eingeleitet.

Einladung zur a.o. Generalversammlung der FDP Frauen Schweiz

**Samstag, 2. Oktober 2010, 10.00 bis 14.00 Uhr,
im Auditorium der Zurich Financial Services, Mythenquai 2, Zürich**

Programm

10.00 Begrüssung

Irene Thalmann, Präsidentin ad interim FDP-Frauen Schweiz

10.05 Präsentation Kandidatur Präsidium

- › Bericht der Findungskommission
- › Präsentation Kandidatur Präsidium

Der Generalversammlung wird Frau Kantonsrätin Carmen Walker Späh (ZH) als neue Präsidentin vorgeschlagen.

10.30 Präsentation Kandidaturen Vizepräsidium/Geschäftsleitung

- › Bericht der Findungskommission

Der Generalversammlung wird als zweite Vize-Präsidentin Frau Petra Studer (BL) vorgeschlagen. Weiter wird vorgeschlagen, die Geschäftsleitung durch zwei weitere Vertreterinnen der Westschweiz (Frau Christine Winkler, VD, und Florence Schürch, GE zu ergänzen).

10.50 Pause

11.15 Einführung in das Thema

«Sozialversicherungen aus weiblicher Sicht»

11.30 Podiumsdiskussion

- › Christine Egerszegi, Ständerätin
- › Christa Markwalder, Nationalrätin
- › Brenda Mäder, Präsidentin Jungfreisinnige
- › Yvonne Lang Ketterer, CEO der Zurich Life Switzerland

ab 12.30 Apéro und Stehlunch

Dies ist eine öffentliche Veranstaltung.

Wir danken der Zurich Financial Service für ihre grosszügige Unterstützung herzlich!



Fraktionspräsidentin Gabi Huber (Mitte, hinten) und weitere FDP-Persönlichkeiten im intensiven Austausch an der Kadertagung.

Wichtiges Wissen für den Wahlkampf

Social Media, Fundraising, Mitgliederwerbung und Medienarbeit gehören zu den Kompetenzen, die Politiker heute mitbringen müssen. An der Kadertagung in Zug wurde dieses Wissen in verschiedenen Workshops mit ausgewiesenen Experten vermittelt und ausgetauscht. In Gesprächen mit Fulvio Pelli zur Initiative und mit Gabi Huber zur Fraktionsarbeit konnten ausserdem gemeinsame Herausforderungen besprochen werden.

Jenny Beeler, Kantonalparteien/ Kampagnen, Generalsekretariat

Rund 160 Teilnehmer fanden den Weg nach Zug ins Metalli Congress Center. Parteipräsident Fulvio Pelli zeigte in seinem Eingangsreferat deutlich auf, dass die FDP die stärkste Partei in den Kantonen ist und die nationale Fraktion am geschlossensten abstimmt. Gute Vorzeichen also für die Wahlen 2011: «Es gilt die Chance zu nutzen in

stürmischer See.» Auch Bundesrat Didier Burkhalter konnte im seinem anschliessenden Referat die Teilnehmer von den Chancen überzeugen. Durch Teamgeist und Wille kann viel erreicht werden.

So begann denn auch gleich die Arbeit. Mit Motivation und Engagement wurde in den verschiedenen Räumen gearbeitet und ausgetauscht. Vor allem die Medienarbeit und die Mitgliederwerbung waren gefragte Themen und

beschäftigen die Mitglieder unserer Partei. Aber auch neue Themen wie Social Media fanden reges Interesse. Es war ein Anliegen der FDP, dass auch schwierige Themen wie zum Beispiel das Fundraising angesprochen wurden. Die Teilnehmer konnten sensibilisiert werden und wichtige Tipps mitnehmen.

Im Austausch mit Fulvio Pelli und Gabi Huber konnten die Teilnehmer die gemeinsamen Herausforderungen

besprechen und mögliche Lösungen diskutieren.

Die diesjährige Kadertagung war ein wichtiger Schritt in den Vorbereitungen für das Wahljahr 2011. Nebst dem Wissen konnten die Parteimitglieder auch viel Motivation und wichtige Kontakte mitnehmen. Während des abschliessenden Apéros wurden die Gespräche individuell weitergeführt.

Zug: Super-Sunday mit Tücken

Am 3. Oktober finden in Zug die Gesamterneuerungswahlen statt. Der neue Wahlmodus birgt Tücken. Die FDP Zug ist gut vorbereitet und glaubt an ihren Erfolg.

Andreas Heizmann,
Kommunikationschef
FDP.Die Liberalen Zug

Im Zusammenhang mit den Zuger Wahlen 2010 ist – in Anlehnung an die US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen – vom Super-Sunday die Rede. Gemeinde-, Kantons- und Regierungsratswahlen fallen auf den gleichen Sonntag. Die Auswahl unter den vielen Kandidaten wird den Zugerinnen und Zuger wenig Mühe bereiten. Etwas komplizierter wird es mit dem angepassten Wahlsystem.

Keine FDP-Stimme verschenken!

Bisher wurde im Listenproporz gewählt, das heisst jede Listenstimme war eine Parteistimme. Wer für die FDP punkten wollte, konnte trotzdem einen parteifremden Kandidaten auf die FDP-Liste setzen.

Mit dem Wechsel zum Nationalratsproporz ist nun jede Kandidatenstimme eine Parteistimme. Dies hat zur Folge, dass auf den Wahlzetteln das Panaschieren zu vermeiden ist. Denn jeder von Hand ergänzte parteifremde Namen, kostet die FDP eine Parteistimme. Das bedeutet, wenn partei-



Drang noch vorne: Zuger FDP-Präsident und Regierungsratskandidat Andreas Kleeb.

fremde Kandidaten auf die FDP-Liste gesetzt werden, schadet dies direkt allen aufgelisteten FDP-Kandidaten. Daher: Bitte nicht panaschieren, sondern die unveränderte FDP-Liste einwerfen.

FDP Zug im Vorwärtsdrang

Der Präsident der FDP Zug, Andreas Kleeb, gibt sich trotzdem siegesgewiss: «Die Grosse Erfolg aus Graubünden und Schwyz haben uns zünftigen Auftrieb verliehen. Dazu kommt, dass wir

mit starken Kandidaten antreten und in wichtigen Themen das Wort führen.» Kleeb freut sich über den Drang nach vorne: «Die Blockade-Spiele der Pol-Parteien sind endgültig vorbei, wir sind wieder im Driving-Seat!»

Abschaffung der Pauschalsteuer wäre Eigentor!

Andreas Heer,
Kantonsrat FDP Luzern

Bei der Pauschalbesteuerung richtet sich das steuerbare Einkommen nach den jährlichen Lebenshaltungskosten. Anrecht auf Aufwandbesteuerung haben Personen, die erstmals oder nach mindestens zehnjähriger Abwesenheit in der Schweiz Wohnsitz nehmen und hier nicht erwerbstätig sind. Die Art der Besteuerung verfügt über eine langjährige gesetzliche Grundlage, hat vorteilhafte volkswirtschaftliche Aus-

wirkungen und ist ein nützliches Instrument der Steuerpolitik.

Für den schweizerischen Arbeitsmarkt und das einheimische Gewerbespieler spielen die Aufwandbesteuerten eine nicht unerhebliche Rolle. Auch gemeinnützige Institutionen profitieren direkt durch Spenden von den Pauschalbesteuerten.

Dank der Mobilität der Steuerpflichtigen würden bei einer Abschaffung der Aufwandsteuer vor allem die finanzschwachen Kantone und Gemeinden verlieren.

FDP.Die Liberalen steht nach wie vor zur Pauschalbesteuerung. Um die missbräuchliche Verwendung dieses Instruments einzudämmen, setzen wir uns für eine Verschärfung der Bedingungen ein. Dabei sollen eine minimale Bemessungsgrundlage und der Mindestaufwand auf das Siebenfache des Mietwertes erhöht werden. In verschiedenen Kantonen wurden Initiativen zur Abschaffung lanciert. In den Kantonen Luzern und Thurgau wird es in absehbarer Zeit zur Abstimmung über die eingereichten Initiativen

kommen. In Basel-Stadt wird die Regierung voraussichtlich die Abschaffung dem Parlament unterbreiten. Damit wäre dies der zweite Kanton nach Zürich, der die Aufwandbesteuerung abschafft. Dies wäre ein äusserst schlechtes Zeichen und hätte ganz klare Auswirkungen auf das Image der Schweiz als stabiler und steuergünstiger Standort. Deshalb müssen wir uns alle aktiv für den Erhalt dieses sinnvollen Steuerinstruments einsetzen.

Heinz Jäggi, aktiver Liberaler seit 35 Jahren

Im basellandschaftlichen Buus kann sich die lokale FDP seit mehreren Jahrzehnten auf ein besonders treues und aktives Mitglied verlassen, den 79-jährigen Präsidenten und Webmaster Heinz Jäggi. Der *Schweizer Freisinn* konnte sich mit ihm unterhalten und erzählt seine Geschichte.

Auf Anstoss der Cousine des damaligen FDP-Nationalrats Karl Flubacher entstand 1975 die FDP Sektion in Buus. Heinz Jäggi rückte bereits ein halbes Jahr später als Präsident nach und übt dieses Amt bis heute aus – seit fast 35 Jahren. Seine politischen Ziele sind der Kampf gegen die Hochpreisinsel Schweiz und für eine Vereinfachung des Steuersystems.

Herr Jäggi, warum haben Sie die FDP gewählt?

Heinz Jäggi: Ich habe die FDP gewählt, weil ich sehr freiheitsliebend bin. So stehe ich voll hinter dem Grundsatz weniger Staat und Gesetze, dafür mehr Freiheit und Selbstverantwortung. Vor 1975 war ich in keiner Partei und an der Politik wenig interessiert. Während meiner Arbeit im Sekretariat der Kantonalpartei in den 90ern erlebte ich eine interessante und stürmische Zeit, vor allem vor den Wahlen. Nebst der Buchhaltung, diversen Korrespondenzen und Teilnahme an diversen Sitzungen war ich für die Organisation der diversen Veranstaltungen wie Parteitage verantwortlich. Für die letzten acht Monate vor der Pensionierung wurde mir die Geschäftsführung übertragen.

In seiner Arbeit in der Partei wird Jäggi tatkräftig vom legendären Fussballer Karl Odermatt unterstützt, der ebenfalls im Vorstand sitzt. Veranstaltungen mit Odermatt wie etwa öffentliche Penalty-Schiessen finden jeweils grosse mediale Beachtung.

H.J.: Mit Karl Odermatt haben wir ein sehr gutes Verhältnis. Er ist ein sehr netter Kerl und hat uns zugesichert, an Veranstaltungen mitzuhelfen. Natürlich haben wir Verständnis, dass er nicht an jeder



Zu den vielen Interessen des fitten Seniors gehört auch der Eistanz.

Vorstandssitzung teilnehmen kann. Odermatt und seine Ehefrau sind seit 2002 Mitglieder der Sektion Buus, und Karl Odermatt war vorher Mitglied der FDP Basel-Stadt. Das heisst, er ist bereits seit 40 Jahren Mitglied der FDP. Sie wohnen in Rickenbach, einer Nachbargemeinde von Buus.

Die Gemeinde Buus liegt im Bezirk Sissach im Kanton Baselland und zählt knapp 1000 Einwohner. Als Sektion umfasst Buus drei weitere Gemeinden, deshalb der offizielle Name *FDP.Die Liberalen Buus und Umge-*

«Die Politik ist aggressiver geworden.»

bung. Als Ehrenmitglied der grösseren FDP-Sektion Gelterkinden ist Jäggi noch Mitglied im Vorstand und betreut

die Homepage www.fdp-gelterkinden.ch.

Herr Jäggi, eine Webseite zu führen, setzt gewisse Fähigkeiten voraus. Wie haben Sie sich das nötige Wissen angeeignet?

H.J.: Ich habe nie einen Computerkurs besucht, sondern in meiner beruflichen Tätigkeit mit einem Computer gearbeitet. Das Gerüst war jedoch vorhanden, und man musste nur Daten einsetzen. Es gab einen Stammcomputer, der das Meiste vorgekaut hat. Auch für die Homepage der FDP habe ich keinen Kurs besucht. Mein Vorgänger hat mich in die Thematik eingeführt. Nach und nach habe ich die Struktur durch Selbststudium und Probieren erweitert und bin der Entwicklung gefolgt. Das neue Computersystem bietet

mehr Möglichkeiten, ist dadurch aber auch viel komplizierter geworden und hat an Freiheit eingebüsst. Um das Studium der 66-seitigen Handbuchs wird man deshalb wohl nicht herumkommen.

Sie sind seit über 35 Jahren in der Politik tätig, was hat sich in dieser Zeit verändert?

H.J.: In den letzten Jahrzehnten ist die Schweizer Politik national, aber auch regional aggressiver geworden. Der Umgang miteinander lässt manchmal zu wünschen übrig! Man sollte andere Meinungen auf demokratische Art mehr respektieren. Jede Partei hat ihre Stärken und Schwächen.

Nebst 35 Jahren in der Politik zeich-

net sich Jäggi auch sonst durch aussergewöhnliche Stabilität aus. Der gelernte Bankkaufmann arbeitete 35 Jahre lang im zentralen Einkauf für die Ciba und spätere Ciba-Geigy. Im Privatleben ist er seit 43 Jahren glücklich verheiratet und hat zwei Kinder. Im Film- und Video-Club Rheinfelden war er während 33 Jahren im Vorstand tätig, die letzten 15 Jahre als Präsident. Er amtierte als Autor, Juror und Schauspieler. Für die Hauptrolle im Film «Ein hervorragender Händler» wurde er international ausgezeichnet. Auch im Sport beweist er langen Atem und grosse Vitalität.

H.J.: Im Winter besuche ich jeweils auf der Kunsteisbahn Margarethenpark jeden Montag alle drei Kurse vom Anfänger bis Fortgeschrittene, damit ich geistig und körperlich fit bleibe. Im Eislauf-Club beider Basel war ich während 15 Jahren im Vorstand als technischer Leiter der Kunstlauf-Sektion. Ich organisierte diverse Veranstaltungen und begleitete und betreute die Läuferinnen und Läufer an Meisterschaften. Ich nahm ferner selbst an den Basler Meisterschaften im Eistanzen mit diversen

«Meine Aktivitäten sind grenzenlos.»

Partnerinnen teil und gewann einmal eine Bronzemedaille. Wie Sie sehen, sind meine Aktivitäten grenzenlos (schmunzelt).



Als eifriger Facebook-Nutzer freut sich Heinz Jäggi über viele Freundschaftsangebote, natürlich speziell von FDP-Mitgliedern.

www.facebook.com/heinz.jeaggi

Zitat des Monats:

«Wir werden die Befreiung von den Fesseln der Bürokratie durch alle Hierarchiestufen treiben. Die Leute sollen endlich Spass an der Arbeit haben.»

Jack Welch (*1935), US-amerikanische Managerlegende, ehemaliger Präsident von General Electric

Ausblick auf die Delegiertenversammlung im Oktober

Die Delegierten der *FDP. Die Liberalen* werden sich an der nächsten Delegiertenversammlung vom 16. Oktober in Herisau AR intensiv mit der Schweiz in einer globalisierten Welt befassen. Das Verhältnis der Schweiz zum Ausland, unter anderem Europa, steht dort im Mittelpunkt des Programms. Die Delegierten werden über die Richtung der Partei in der globalen Zusammenarbeit und in der Europapolitik diskutieren. Zudem wird Nationalrat Walter Müller (siehe Seite 10) über die nötige Stärkung der aussenpolitischen Führung sprechen. Besuchen Sie regelmässig die Webseite der FDP, damit Sie das Positionspapier zur Aussenpolitik nicht verpassen, welches vor der DV online geschaltet wird.

Den Delegierten wird ausserdem das Privileg zuteil, Bundesrat Hans-Rudolf Merz in seinem Heimatkanton

verabschieden zu dürfen. Herr Merz tritt mit einer ausserordentlich erfolgreichen Bilanz aus dem Bundesrat: Er ist der erfolgreichste Finanzminister Europas und ein Garant der Stabilität. Seit 2003 hat er die früher dramatisch ansteigende Staatsverschuldung um über 20 Mrd. Franken auf 111 Mrd. reduziert. Selbst im Krisenjahr 2009 erarbeitete der Bund einen Überschuss von 2,7 Mrd. Franken. Dank der verantwortungsvollen Finanzpolitik steht unser Land nach der seit Jahrzehnten grössten Wirtschaftskrise stabil und stark da.

In einem dritten Block wird die DV die Parole zur Ausschaffunginitiative beschliessen. In einer Podiumsdiskussion mit Politikern anderer Parteien werden sich Vertreter der FDP für den sinnvolleren indirekten Gegenvorschlag einsetzen.

Blüten der Bürokratie

Die FDP Zürich ist eine jener Kantonalparteien, welche bereits erfolgreich gegen die auswuchernde Bürokratie vorgehen (siehe Seite 19). Im Kampf gegen Formulare hat sich die Webseite www.buerokratieabbau.ch als besonders wichtiges Instrument erwiesen. Dort ist auch dieses erhellende Beispiel moderner Bürokratie zu finden: Ein Bürger erzählt vom amtlichen Brenneraustausch.

Im Januar versagt der Brenner der Ölheizung seinen Dienst. Der Hausbesitzer muss sich zwischen einer Reparatur und einem Ersatz entscheiden. Da der Brenner schon einige Jahre alt ist und inzwischen effizientere Modelle auf dem Markt sind, entscheidet er sich für einen neuen Brenner. Ein Jahr später erfolgt die Routinekontrolle durch

den Feuerschauer. Die Werte sind besser als vorher, aber die Nummer des Brenners stimmt nicht mehr mit den Daten des Kontrolleurs überein. Einige Wochen später verlangt die Gemeinde das Einreichen eines Baugesuchs für den neuen Brenner. Viele Gemeindeverwaltungen betrachten den Ersatz eines Brenners als Umbau. Eine Reparatur des alten Brenners hätte einiges an Papier, Zeit und Kosten erspart.

Kennen auch Sie ein Beispiel blühender Bürokratie, das erwähnt werden sollte? Auf der Webseite können Sie Ihr Erlebnis veröffentlichen. Zudem finden Sie zahlreiche weitere Fälle, die einen klaren Handlungsbedarf aufzeigen.

Besuchen Sie die Seite www.buerokratieabbau.ch.

Anzeige

Die beste Werbung für Erdgas kommt vom Zürcher Stadtrat:

«Die Substitution von Ölheizungen mit Erdgasheizungen leistet in der Stadt Zürich seit Jahren den grössten Beitrag zur Reduktion von CO₂.»

Auszug aus dem Protokoll des Stadtrats von Zürich vom 14. April 2010

www.erdgas.ch

erdgas 
Die Energie mit Zukunft.

Agenda

September

13. Beginn der Herbstsession

Oktober

15. Parteipräsidentenkonferenz (PPK)

16. Delegiertenversammlung

November

29. Beginn der Wintersession

Kein mehrfaches Bezahlen für Musik

Jungfreisinnige und Piratenpartei mit gemeinsamer Online-Kampagne gegen unnötige SUISA-Gebühren

Brenda Mäder,
Präsidentin der Jungfreisinnigen

Gemäss eines Entscheids der Schiedskommission sollen die Hersteller und Importeure musikfähiger Handys in Zukunft eine Abgabe entrichten. Es ist zu erwarten, dass diese Abgaben in der Folge auf die Konsumenten abgewälzt werden und bald alle Käufer eines Musikhandys 30 Rappen pro Gigabyte Speicherplatz bezahlen. Die Verwertungsgesellschaft SUISA forderte die Gebühr mit der Begründung, dass mit Musikhandys auch urheberrechtlich geschützte Werke kopiert und abgespielt werden können. Nun hat die SWICO, der Verband der Anbieter von Informations-, Kommunikations- und Organisationstechnik, Rekurs gegen den Entscheid eingelegt.

Die Jungfreisinnigen und die Piratenpartei haben sich zusammengetan, um auf diese unsinnige Gebühr aufmerksam zu machen. Dadurch soll die SWICO in ihrem Vorhaben unterstützt werden. Bleibt zu hoffen, dass die Richter die Klage der SWICO gutheissen!

Die Partnerschaft Jungfreisinn – Piratenpartei mag auf den ersten Blick als unüblich erscheinen. Jedoch ergab sich für das gemeinsame Anliegen eine sehr fruchtbare Zusammenarbeit. Da Piraten und Jungfreisinnige via Facebook, Twitter und private Blogs mobilisierten, kamen viele unterstützende Stimmen zusammen, und die Unsinnigkeit dieser neuen Gebühr konnte bekannt gemacht werden.

Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb man für die Möglichkeit, Musik abzuspielen, zur Kasse gebeten werden soll. Wenn ein Handybesitzer beispielsweise einen Musiktitel bereits in einem Onlineshop gekauft und auf sei-

Die Verwertungsgesellschaft SUISA möchte zusätzliche Gebühren erheben.

nem Computer gespeichert hat, wurden bereits einmal oder sogar mehrfach Gebühren bezahlt. Unverständlich also, dass noch einmal Gebühren zu zahlen sind, um denselben Titel auch vom Handy aus abspielen zu dürfen.

Dabei zeigt sich, dass nicht nur Handys von der Problematik betroffen sein müssen: Auch auf einem USB-Stick können Musikdateien geladen und von einem anderen Gerät abge-

spielt werden. In Zukunft werden immer mehr Geräte multifunktional sein – daraus darf keine Goldgrube für die SUISA werden. Entsprechende Diskussionen für USB-Sticks sind sogar schon im Gange. Mehrmals für die gleiche Leistung bezahlen – das ist, wie wenn Migros oder Coop mehrere Kassen aufstellen würden, die für den Kauf desselben Produktes passiert werden müssen.

Diese Gebühr darf keinesfalls durch die aktuelle Situation verharmlost werden: 30 Rappen mögen auf den ersten Blick als wenig erscheinen. Für ein 32-Gigabyte-iPhone würde die Gebühr aber schon fast zehn Franken ausmachen. Wenn man bedenkt, dass immer mehr Speicherplatz auf den Geräten vorhanden sein wird, geht dies schnell einmal ins Geld!



Aussenpolitik im Wandel und Kreuzfeuer

Aussenpolitik ist Interessenpolitik. Grundsätze, Zuständigkeiten und Mitwirkung sind in der Verfassung geregelt. Leider hat die jüngste Vergangenheit schmerzlich bewiesen, dass unsere Aussenpolitik nicht für die heutigen Herausforderungen gerüstet ist.

Walter Müller, Nationalrat, SG

Es fehlt die klare strategische Ausrichtung. Heute ist unsere Aussenpolitik die Summe einzelner voneinander unabhängiger, unkoordinierter Massnahmen und nicht das Produkt einer einheitlichen Strategie. Das genügt in einer zunehmend globalisierten Welt nicht mehr. Es ist also an der Zeit, dass wir uns ganz grundsätzlich Gedanken zur Positionierung unserer Aussenpolitik machen. Wer unsere Aussenpolitik in jüngster Vergangenheit aufmerksam verfolgt hat, stellt unschwer fest, dass die Werte und die Position der Schweiz vermehrt kritisiert bzw. angegriffen und geschädigt wurden und werden. Warum ist das so, und warum genügt die heutige Aussenpolitik nicht mehr, um die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen zu meistern?

Die Welt hat sich verändert, es stellen sich neue Herausforderungen und es braucht dringend neue Strategien. Es stellt sich die Frage, warum wir bis heute nicht oder ungenügend reagiert haben.

Das Modell Schweiz war erfolgreich in einer Zeit, in der mit harter Arbeit, Bildung und Pioniergeist im eigenen Land die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft gesteigert werden konnte. Der Staat hat mit seiner liberalen, vom Freisinn geprägten Politik privates Unternehmertum in einer Zeit gefördert, in der andere Staaten mit ihren Reformen noch weit zurücklagen. In der Folge entwickelte sich primär eine von aussen nachgefragte Aussenpolitik. Unsere guten Dienste, die Neutralität, der wirtschaftliche Erfolg und ein wenig vielleicht auch unsere Bescheidenheit machten eine aktive und selbst gesteuerte Aussenpolitik weitgehend überflüssig. Heute entpuppt sich das immer mehr als schwer wiegendes Defizit, unsere Aussenpolitik wird immer öfter von aussen gesteuert. Das muss sich ändern! Wie konnte es so weit kommen?



Die Schweiz braucht eine starke und eigenständige Strategie im Umgang mit dem Ausland.

Privilegiert während des Zweiten Weltkrieges und wohlbehütet in der Nachkriegszeit bis weit in die Zeit des Kalten Krieges hinein, dies hat uns die Sicht auf die Veränderungen in der Welt vernebelt. Seit Beginn der Neunzigerjahre, nicht zuletzt mit dem Mauerfall, hat sich ein aussenpolitisches Defizit entwickelt, das mit der Finanz- und Wirtschaftskrise ziemlich brutal sichtbar geworden ist. Die schweizerische Aussenpolitik hat eine wesentliche Tatsache verkannt: Die Globalisierung hat nicht nur den Wettbewerb unter den Unternehmen massiv verstärkt, sondern auch denjenigen unter den Staaten. Neue Wirtschaftsräume sind entstanden und im Osten Europas

neue Konkurrenz. Unsere Positionen sind in einer immer härteren Welt nicht genügend vertreten worden. Das führte dazu, dass wir den Angriff auf unsere Positionen in der Finanz- und Steuerpolitik verkannten oder zu spät realisierten. Das aussenpolitische Defizit führte die Schweiz in eine Orientierungskrise, die zunehmende innen- und aussenpolitische Wirkung hat. Wir müssen unsere aussenpolitische Situation klären, auch damit wir innenpolitisch wieder rasch mit Reformen vorankommen.

Im Zentrum steht die Positionierung gegenüber der Europäischen Union. Der bilaterale Weg ist zu konsolidieren. Nicht alles, was auch noch

wünschenswert wäre, aber alles, was für den Wirtschaftsstandort Schweiz wichtig ist, soll geregelt werden. Die Beziehungen zu den einzelnen Staaten in und ausserhalb von Europa müssen intensiviert werden. Dies gilt ganz besonders für neue Macht- und Wirtschaftsräume. Die interne Vernetzung ist konsequent zu verbessern. Eine Aussenpolitik, die isoliert ist, nach innen weder abgestützt noch vernetzt ist, wird nie erfolgreich sein. Der Bundesrat hat meine Motion für eine klare strategische Ausrichtung der Aussenpolitik angenommen. Nun gilt es, diese zusammen mit den aussenpolitischen Kommissionen konsequent umzusetzen.

Liberaler Umweltpolitik in der Herbstsession

Nachdem an der Delegiertenversammlung im Juni 2010 das DV-Papier «Energieeffizienz, Klimaschutz und Versorgungssicherheit» verabschiedet wurde, folgt nun die Umsetzung der Forderungen aus dem Positionspapier.

Filippo Leutenegger,
Nationalrat ZH

In der Herbstsession konzentriert sich die FDP-Liberale Fraktion auf den Gebäudebereich, wo sich gezeigt hat, dass neue Abgaben für die Subventionierung von Sanierungsmassnahmen im Gebäudebereich nicht zielführend sind. Die Wirkung von Subventionen im Gebäudebereich für energetische Massnahmen ist gering. Wer sowieso investiert, freut sich über einen kleinen Förderbeitrag, wer keine Investition plant, wird auch durch einen Förderbeitrag zu keiner Investition motiviert. Zusammenfassend ist zu sagen, dass der Massenmarkt Immobilie, insbesondere im Altbaubestand, nicht durch Subventionen bewegt werden kann. Hinzu kommt, dass die Gesamtwirkung der bestehenden Massnahmen im Gebäudebereich wegen der Vielfalt der Fördermittel sowie der verschiedenen Gesetzesvorschriften schwer zu eruieren ist. Fest steht, dass der Gesamtenergieverbrauch trotz allen Förderinstrumenten steigt.

Aus diesem Grund wird sich die FDP für eine Politik einsetzen, die den Energieverbrauch im Gebäudebereich mit technischen Normen und



Weniger Bürokratie und mehr marktaugliche Innovationen sind gefragt.

Standards anstatt mit Subventionen senkt. Eine ähnliche Politik verfolgte die FDP auch im Bereich der Luftreinhaltungsverordnung und im Neubaubereich. Die Wirkung der strengen Abgasnormen, die den Katalysator praktisch obligatorisch machten, war enorm. Die absoluten Emissionswerte eines Autos gingen bei sämtlichen Schadstoffen auf einen Schlag um bis

zu 95 Prozent zurück. Diese Erfolgsgeschichte wollen wir im Gebäudebereich wiederholen. Der Bundesrat muss im Energiegesetz die Empfehlung verankern, dass bis 2040 alle Altbauten mit Ausnahme geschützter Objekte einen energetischen Minimalstandard erreichen. Dazu würde sich beispielsweise der Standard von 9 l Öläquivalent pro m² und Jahr eignen,

der von den kantonalen Energiedirektoren in den Mustervorschriften der Kantone für Energie festgelegt wurde. Ein solches Gesamtziel erlaubt eine nachhaltige Bewirtschaftung des Gebäudeparks und dient auch als Orientierung für die Revision von Raumplanung und Baurecht, um attraktive Rahmenbedingungen für die energetische Sanierung von Gebäuden zu schaffen.

Arbeitslosenversicherung – Ja zu einer fairen Lösung

Georges Theiler,
Nationalrat, LU

Die Sanierung der Arbeitslosenversicherung ist notwendig. Die Schuldenlast von bald 7 Mrd. Franken muss abgebaut werden. Die jährlichen Defizite gefährden dieses wichtige Sozialwerk. Deshalb schlagen Bundesrat und Parlament eine faire, ausgewogene Sanierungslösung vor, welche sowohl ausgabenseitige wie einnahmenseitige Massnahmen beinhaltet.

Die schweizerische Arbeitslosen-

versicherung ist im Vergleich zu Regelungen in der EU eine sehr grosszügige Lösung. Es gibt kein Land, wo Leute Arbeitslosengeld beziehen können, bevor sie nicht auch Prämien bezahlt haben. Damit ziehen wir ausländische «Interessenten» geradezu an. Dies können wir einseitig nicht abschaffen, aber sehr wohl etwas korrigieren.

Eine Sanierung muss Ausgaben- und Einnahmenseite ausgewogen berücksichtigen. Mit je 600 Mio. Franken ist dies bei der vorgesehenen Lösung der Fall. Eine Lösung, die nur auf

der Leistungsseite ansetzt, ist sozial nicht verträglich und würde wohl eine Volksabstimmung nicht überstehen. Eine Lösung nur auf der Einnahmenseite belastet die Arbeitnehmer und die Wirtschaft stark. Dies gefährdet Arbeitsplätze. Genau das dürfen wir auf keinen Fall tun. Arbeitslosigkeit kann man letztlich nur bekämpfen mit Arbeitsplätzen. Auf dieses Ziel müssen wir uns ausrichten.

Unverständlich ist für mich das Nein von Arbeitnehmerverbänden und der politischen Linken. Bei einem

Nein muss der Bundesrat laut geltendem Gesetz die Beiträge noch mehr erhöhen. Dies bedeutet für alle Arbeitnehmer eine mehr als doppelt so hohe Belastung wie bei einem Ja. Zudem wird die Wirtschaft zusätzlich belastet, was den Aufschwung behindert. Wir sollten aber alles tun, um wieder neue Arbeitsplätze zu schaffen. Damit lässt sich die Arbeitslosenversicherung am nachhaltigsten sanieren. Darum bitte ich Sie, ein klares JA in die Urne zu legen. Ich danke Ihnen dafür.

www.theiler.ch



Doris Fiala spricht zu den Schweizer Soldaten im Kosovo...



... während sich Brenda Mäder an Schweizerinnen und Schweizer in Rapperswil richtet.

Neue Risiken – neue Strategien

Sicherheit ist und bleibt für mich erste Staatsaufgabe. Wir befinden uns aber in einer Welt der neuen Risiken, die nach neuen, international vernetzten Sicherheitsstrategien verlangt. Die Arbeit der Swisscoy zeugt von dieser Veränderung. Ihnen als Swisscoy-Soldaten gebührt Respekt für diese schwierige Aufgabe fernab der Heimat. Sie erleben Sicherheit in einem ganz anderen Kontext als wir Schweizer zu Hause vor dem Fernseher.

Dass wir in Freiheit und Sicherheit leben, ist ein Privileg. Dass das so bleibt, dafür müssen wir einstehen: unsere Soldaten heute im Kosovo und ich als Politikerin. Aber vor allem sollten wir als Schweizer Bürger und Bürgerin jeden Tag mit weltoffenem Geist unseren Beitrag an Freiheit, Sicherheit und Menschlichkeit leisten. Unser Land braucht ein interkulturelles Verständnis und Verhandlungsgeschick. Unser Land braucht mehr denn je Leadership.

Freiheit ist nicht selbstverständlich

Unsere vielen Freiheiten sehen wir als selbstverständlich an. Wir vergessen oft, dass man nicht überall auf der Welt selbst entscheiden und sich frei bewegen kann.

Zudem besteht die Tendenz, dass unsere Freiheit immer mehr eingeschränkt wird. Immer mehr wird auf Verbote und Reglementierungen statt auf gesunden Menschenverstand gesetzt. Das sieht man etwa beim jüngsten Fichenskandal oder der Diskussion

um die Verbote von Killer- und Pokerspielen. Verbote und Vorschriften werden im Schnellzugtempo erlassen. Dabei sind die Bürgerinnen und Bürger durchaus im Stande, selbst zu urteilen! Tragen wir also Sorge zur Freiheit: Trauen wir dem Einzelnen etwas zu und überlegen uns genau, wo Einschränkungen wirklich notwendig sind – oder ob es nicht schon genug davon gibt!

Die FDP-Kandidierenden in den Startlöchern

Mit Bundesrat Merz demissioniert der beste Finanzminister Europas. Für seine Nachfolge hat die FDP-Liberale hervorragende Kandidierende nominiert.

**Gabi Huber, Nationalrätin UR,
Fraktionspräsidentin**

Die vergangenen Wochen haben einiges wieder ins rechte Licht gerückt: Nach dem Rücktritt unseres Bundesrats Hans Rudolf Merz erhielt der Finanzminister das Lob, das ihm für seine hervorragende Arbeit auch zusteht. Denn es ist einfach: Hans Rudolf Merz ist der beste Finanzminister Europas und der beste Finanzminister der Schweiz der vergangenen Jahrzehnte.

Die Gefahr der Schuldenwirtschaft hat der Bundesrat früh erkannt. Als Ständerat war er am Erarbeiten der Schuldenbremse beteiligt, die in der Volksabstimmung mit 85 Prozent angenommen wurde. 2010 wurde sie durch Bundesrat Merz verstärkt und auf ausserordentliche Ausgaben ausgedehnt. So konnte die Schweiz in den letzten Jahren ihre Schulden um mehr als 20 Milliarden Franken reduzieren. Dank unserem Finanzminister und der *FDP.Die Liberalen* können wir weiter in Bildung, Infrastruktur und Sicherheit investieren.

Hervorragende Kandidierende

Zahlreiche weitere Erfolge runden die hervorragende Bilanz des Auserrhoders ab: Unternehmenssteuerreform I und II, Abschaffung der Heiratsstrafe, Steuererleichterungen für Familien, Vereinfachung der Mehrwertsteuer, automatischer Ausgleich der kalten Progression, Rettungspaket für die UBS mit 1,2 Milliarden Franken Gewinn und viele mehr. Für sein immenses Engagement für unser Land danke ich im Namen der Fraktion und Partei Bundesrat Hans-Rudolf Merz herzlich. Wir werden ihn an der Delegiertenversammlung am 16. Oktober in Herisau ehren und verabschieden.

Schon in wenigen Tagen, am 22. September, steht die Wahl eines



Die FDP verfügt über zwei mehr als geeignete Kandidierende für den Sitz im Bundeshaus.

neuen FDP-Bundesratsmitglieds an. Die *FDP.Die Liberalen* ist in der glücklichen Lage, über mehrere erfahrene und fähige Persönlichkeiten zu verfügen, die das Format für das anspruchsvolle Amt haben. Die Kantonalparteien meldeten fünf Kandidaturen und stellten damit die FDP-Liberale-Fraktion vor die schwierige Aufgabe, ein Ticket zuhanden der Bundesversammlung auszuwählen.

Konkordanz und Stabilität

Die Fraktion nominierte Anfang September die St.Galler Regierungsrätin Karin Keller-Sutter und den Berner Nationalrat Johann Schneider-Ammann. Über diese beiden weit über die Parteigrenzen hinaus geschätzten Kandidaten können Sie auf den folgenden Seiten mehr lesen: Ich lade Sie ein, unsere Spitzenleute etwas näher kennen zu lernen. An dieser Stelle möchte ich aber auch den Nationalräten Ignazio Cassis, Ruedi Noser und Peter Malama für ihre Kandidaturen herzlich danken. Sie alle haben sich sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Fraktion hervorragend präsentiert.

Die Bundesversammlung hat nun ebenso wie die Fraktion die Qual der Wahl zwischen unseren zwei starken Persönlichkeiten. Klar ist: Der Nachfolger oder die Nachfolgerin von Bundesrat Merz muss ein Mitglied der *FDP.Die Liberalen* sein. Dies verlangt die Konkordanz. Denn wir sind die drittstärkste Partei auf nationaler Ebene und stärkste Kraft in den Kantonen. Ein Angriff auf diese bewährten Regeln während der Legislatur wäre ein Spiel mit dem Feuer. Gerade in einer schwierigen Zeit, wie wir sie gegenwärtig erleben, darf die bewährte Schweizer Stabilität nicht aufs Spiel gesetzt werden. Ich danke Ihnen für Ihre persönliche Unterstützung.

Bereit für die grosse Herausforderung

Mit ihrer berechenbaren und konsequenten Politik hat sich Karin Keller-Sutter in den letzten Jahren über die Kantons- und Parteigrenzen hinweg viel Anerkennung verschafft. Nun will sie ihre langjährige Regierungserfahrung als Vertreterin der Ostschweiz in den Bundesrat einbringen.

Adrian Schumacher, Geschäftsführer/Parteisekretär FDP SG

Grosse Herausforderungen haben Karin Keller-Sutter schon immer gereizt. Am persönlichen Engagement fehlte

es ihr dabei nie: So zog es sie im Alter von gerade mal 15 Jahren nach Neuchâtel, wo sie die Mittelschule besuchte. Zudem absolvierte die studierte Übersetzerin und Konferenzdolmetscherin verschiedene Auslandsaufent-

halte in London und Montreal, wo sie Politikwissenschaften studierte. Vor ihrer Wahl in den St.Galler Regierungsrat im Jahr 2000 absolvierte die heute 46-Jährige ein Nachdiplomstudium in Pädagogik an der Uni Fri-

bourg und unterrichtete als Berufsschullehrerin.

Prägendes Elternhaus

Ihren mit Willen gepaarten Tatendrang habe sie von ihren Eltern mit auf den Lebensweg bekommen, sagt die heutige Chefin des St. Galler Sicherheits- und Justizdepartements. «Meine Eltern führten ein Restaurant in Wil. Von ihnen habe ich unter anderem gelernt, was es heisst, im ganzheitlichen Sinne unternehmerisch zu denken, Eigenverantwortung zu übernehmen und dabei auf die eigene Leistung zu setzen.»

Dem Elternhaus verdankt Karin Keller-Sutter auch zu einem grossen Teil ihre Bodenständigkeit und ihr feines Gespür für die Bedürfnisse der Bevölkerung. Beides ist für ihr politisches Handeln bis heute kennzeichnend geblieben. Die St.Gallerinnen und St.Galler wissen, was sie an Karin Keller-Sutter haben. Sie würdigten ihre offene und konstruktive Art denn auch schon mehrfach mit hervorragenden Wahlergebnissen.

Breite politische Erfahrung

Karin Keller-Sutter kann auf eine langjährige Erfahrung in der Politik zurückblicken. 1992 wurde sie in den Wiler Gemeinderat gewählt, den sie 1997 präsidierte. Zwischen 1996 und 2000 gehörte sie dem St. Galler Kantonsrat an und war Vorstandsmitglied im kantonalen Gewerbeverband. Mit viel Geschick und strategischer Weitsicht präsidierte Karin Keller-Sutter ferner die FDP-Kantonalpartei von 1997 bis zu ihrer Wahl in den Regierungsrat. Mit ihrer dem Kollegialitätsprinzip verpflichteten, auf tragfähige Lösungen ausgerichteten Art hat sie sich über die Parteigrenzen hinweg einen Namen als verlässliche Teamplayerin geschaffen. Allesamt wichtige Eigenschaften, die Karin Keller-Sutter schon sehr bald verstärkt in die Arbeit des Bundesrat einfließen lassen könnte.



Regierungsrätin Karin Keller-Sutter



Nationalrat Johann Schneider-Ammann

Ein Unternehmer für den Bundesrat

Kaum ein nationaler Parlamentarier gilt als so vernetzt und wird parteiübergreifend derart geschätzt wie der Berner Nationalrat Johann Schneider-Ammann. Der Unternehmer könnte wertvolle Erfahrung in den Bundesrat bringen.

ms. Zusammen mit der St. Galler Regierungsrätin Karin Keller-Sutter sorgt Schneider-Ammann für ein starkes Zweierticket der FDP für den 22. September, wenn die Bundesversammlung den frei werdenden Sitz von Bundesrat Merz besetzt. Der Unternehmer leitet seit 1990 als Verwaltungsratspräsident die Ammann Group Holding AG. Der studierte Ingenieur war bereits Jahre vorher in der Unternehmensgruppe tätig. Unter seiner Führung expandierte das Unternehmen in 30 Länder, und der Personalbestand wurde rund verdreifacht. Es erstaunt also nicht, dass man ihn den «Mister Werkplatz» nennt. Für diesen Werk- und Wirt-

schaftsstandort Schweiz setzt er sich auch ein, namentlich für die Personenfreizügigkeit. Im Februar dieses Jahres präsentierte Schneider-Ammann der Öffentlichkeit eine Kosten-Nutzen-Analyse der Personenfreizügigkeit. Die Studie mit dem Namen «Dichtung oder Wahrheit» räumte auf Basis offizieller Statistiken mit den Mythen und Vorurteilen auf. Werden Schweizer Arbeitnehmer von Ausländern verdrängt? Ist die Kriminalität angestiegen, wie es die Gegner prognostiziert hatten? Nützt oder schadet uns die Personenfreizügigkeit? Das Ergebnis der Untersuchung war eindeutig und aus liberaler Sicht nicht anders zu erwarten: Die

Schweizer Wirtschaft profitiert stark von der Personenfreizügigkeit.

Der Patron setzt sich aber nicht nur für die wirtschaftliche Öffnung ein, sondern kämpft auch für gesunde Sozialversicherungen. Er engagierte sich an vorderster Front für die IV-Zusatzfinanzierung, die das Volk im September 2009 annahm. In seinem Unternehmen wird Johann Schneider-Ammann als Patron geschätzt, der sich für die Anliegen seiner Belegschaft einsetzt. Die Sicherung der 800 Arbeitsplätze in Langenthal in den 1990ern bezeichnet er als eine seiner grössten beruflichen Herausforderungen. Besonderen Wert legt er auf die Tugenden Glaubwürdig-

keit und Unabhängigkeit. Dies zeigte sich nicht zuletzt darin, als er sich öffentlich gegen unverhältnismässige Bonuszahlungen aussprach. Denn er weiss: Glaubwürdigkeit ist eine zentrale Voraussetzung für die Umsetzung von dringend notwendigen Reformen.

Der Nationalrat hat das Potenzial, liberale Kräfte zu bündeln und seine internationalen Wirtschaftserfahrungen im Bundesrat einzubringen. Trotz seiner Qualitäten bleibt Schneider-Ammann auf dem Boden und verliert den Kontakt zu Realität nicht. Seine Schuhe und Anzüge kauft er einmal im Jahr selber ein, und als Vorbild nennt er schlicht: «Meine Frau.»

KKS – Klar, Konsequent, Sympathisch

Claudine Esseiva,
Generalsekretärin FDP-Frauen

Für die FDP-Frauen sind die Bundesratswahlen vom 22. September 2010 ein wichtiges Ereignis. Wir haben uns in den letzten Jahren für die Chancengleichheit innerhalb der Partei stark eingesetzt. FDP-Politikerinnen wie Gabi Huber, Marianne Dürst, Erika Forster, Martine Brunshawig Graf, Christa Markwalder und viele mehr nehmen Vorbildfunktionen für viele FDP-Frauen ein und motivieren junge Frauen, sich vermehrt politisch aktiv zu engagieren. Auch die Jungfreisinnigen leben die Chancengleichheit mit der neu gewählten Präsidentin Brenda Mäder vor.

Wir sind überzeugt, mit der Wahl von Karin Keller-Sutter in den Bundesrat kann die FDP für die Wahlen 2011 nur gewinnen. Seit 21 Jahren ist keine FDP-Frau mehr im Bundesrat vertreten. Die FDP-Frauen fordern deshalb, die Chancengleichheit innerhalb der Partei auch bis in die höchsten Ränge der Politik zu leben. Nun sind Taten gefordert, denn in einem Jahr wollen wir bei den eidgenössischen Wahlen zu den Siegern gehören.

Die FDP-Frauen fordern in keiner Weise Quoten. Im Gegenteil: Frauen und Männer sollen aufgrund ihrer Kompetenzen und nicht ihres Geschlechtes gewählt werden. Mit Frau Regierungsrätin Karin Keller-Sutter hat die *FDP.Die Liberalen* eine Bundesratskandidatin, die mit ihrem Profil vollumfänglich den Anforderungen einer zukünftigen Bundesrätin entspricht. Für uns ist klar, dass sie unabhängig von ihrem Geschlecht die beste Person für dieses Amt ist. Das Bundesparlament kann am 22. September beweisen, dass die Geschlechterfrage im Jahr 2010 nicht mehr entscheidend ist.

Männerquote – Frauenquote?

Die ganze Diskussion, ob fünf Frauen im Bundesrat zu viel sind, ist ja schon fast amüsant. Denn auf einmal fordern Männer und Frauen aus mehrheitlich konservativen Kreisen Quoten. Angeblich sei eine Regierung mit fünf Frauen nicht vorstellbar, und die Männer wür-



Die Bundesratskandidatin Karin Keller-Sutter geniesst grosse Beliebtheit unter den Wählerinnen und Wählern.

den sich mit fünf Frauen im Bundesrat nicht mehr vertreten fühlen. Hören wir da eine Forderung nach einer Männerquote? Wir dürfen 2010 davon ausgehen, dass unser Bundesparlament fähig ist, die beste Kandidatin oder den besten Kandidaten unabhängig vom Geschlecht zu wählen.

Wieso fordern wir eine FDP-Bundesrätin?

Mit dem gemischten Zweierticket steht die FDP zur ihrer Forderung nach

gemischten Teams. Unsere Überzeugung, dass Karin Keller-Sutter die ideale Nachfolge von Bundesrat Merz ist, gründet auf folgenden zwei Überlegungen.

1. Als erfahrene Exekutivpolitikerin hat sie sich national Anerkennung verschafft und ist als gradlinige, dynamische und pragmatische Person bekannt. Sie bewegt sich gekonnt und charmant auf dem politischen Parkett.

2. Dank ihrer Art und ihrer exzellenten Sprachkenntnisse ist eine her-

vorragende Kommunikation im In- und Ausland garantiert. Frau Keller-Sutter ist ausgebildete Konferenzdolmetscherin und spricht perfekt Französisch sowie Englisch.

Die FDP-Frauen sind überzeugt, dass Frau Regierungsrätin Karin Keller-Sutter unsere Landesregierung weiterbringen und prägen wird.



Das Meer der Formulare muss ausgetrocknet werden.

FDP lanciert Volksinitiative «Bürokratie-Stopp!»

Pierre Weiss,
Vizepräsident FDP. Die Liberalen

Die Regulierungs- und Steuerflut der letzten Jahre hat weitreichende Folgen. Arbeitete 1985 ein Arbeitnehmer durchschnittlich bis Ende März nur für den Staat, war es 1998 bereits bis Ende Juni. Die staatliche «Fronarbeit» hat sich in 13 Jahren also verdoppelt. Auch die administrativen Kosten für Unternehmen sind überwältigend – sie belaufen sich jährlich auf rund 50 Mrd. Franken, wie eine vom sgV in Auftrag gegebene Studie zeigt (siehe nächste Seite). Diese Gelder können nicht gewinnbringend investiert werden und schaffen somit auch keine Arbeitsplätze. Das Potenzial, das bei einer Verkleinerung dieser Aufwände genutzt werden könnte, ist riesig. Speziell stark betroffen sind KMU. Denn die durchschnittliche Belastung durch

administrative Arbeit steigt, je weniger Arbeitnehmer in einem Betrieb angestellt sind. KMU stehen für 99 Prozent aller Firmen und zwei Drittel aller Arbeitsplätze in der Schweiz. Man kann sie also ohne weiteres als Rückgrat unserer Wirtschaft bezeichnen. Dieses Rückgrat gilt es zu schützen und von unnötiger Bürokratie zu befreien.

FDP. Die Liberalen lancierte an der Delegiertenversammlung vom 11. September 2010 in Zug die Volksinitiative «Bürokratie-Stopp!», mit welcher Bürger und KMU von übermässiger Bürokratie entlastet werden sollen. Begleitet wird die Initiative von einem Positionspapier mit konkreten Forderungen. So soll in Zukunft eine Regulierungsfolgenabschätzung für KMU-verträglichere Gesetze sorgen und eine konsequente Umsetzung von Art. 170 BV soll die bestehenden Gesetze und Verordnungen entrümpeln.

FDP. Die Liberalen geht mit dieser Volksinitiative geeint in das Wahljahr 2011. Die Partei zieht mit Engagement an einem Strang, denn bereits in diversen Kantonen hat die FDP mit grossem

Erfolg Pionierarbeit geleistet. Von diesen Arbeiten profitiert nun die ganze Schweiz, indem systematisch unnötige Bürokratie abgebaut wird. Ein gemeinsames Auftreten der Partei ist für die National- und Ständeratswahlen 2011 von essenzieller Bedeutung. Jedes

Mitglied soll seinen Beitrag für ein erfolgreiches Wahljahr 2011 leisten. Darum: Sammeln wir Unterschriften und wehren wir uns gegen die Bürokratie! Engagieren wir uns für ein erfolgreiches Wahljahr 2011!

Die a. o. DV entschied mit 234 zu 3 Stimmen fast einstimmig die Lancierung der Initiative mit folgendem Initiativtext:

Art. 9 a Unbürokratischer Gesetzesvollzug

Jede Person hat Anspruch darauf,

1. dass Gesetze verständlich sind und ihre Anwendung einfach, unbürokratisch und effizient erfolgt.
2. dass Verwaltungen und Gerichte ihre Angelegenheiten schnell, einfach und unbürokratisch behandeln.

Art. 94 Abs. 3 Zweiter Satz (neu)

Dazu treffen sie Massnahmen, um die Regelungsdichte und die administrative Belastung für die Wirtschaft geringst möglich zu halten; dabei berücksichtigen sie insbesondere die Anliegen der Kleinst- und mittelgrossen Unternehmen.

Ein zusätzliches Highlight war der Auftritt von Karin Keller-Sutter und Johann Schneider-Ammann. In einem Podiumsgespräch konnten beide die Delegierten von ihren Qualitäten überzeugen.

**Mehr Informationen
zum Positionspapier finden Sie
auf www.fdp.ch/dv**



Wachstumspolitik durch nachhaltige KMU-Entlastung

Eine im Auftrag des sgv von der KPMG Deutschland durchgeführte «Studie zur Messung von Regulierungskosten in Schweizer KMU» in den Themen Arbeitsrecht, Sozialversicherungen und Lebensmittelhygiene weist alarmierende Resultate aus.

Hans-Ulrich Bigler

Allein in den genannten Bereichen generieren Schweizer Gesetze und Verordnungen jährliche Regulierungskosten von 4 Milliarden Franken, was zeigt, dass die Problematik bisher massiv unterschätzt wurde. Auf Grund von Hochrechnungen ist davon auszugehen, dass die Regulierungskosten in der Schweiz insgesamt über 50 Milliarden Franken betragen, was rund 10 Prozent des BIP entspricht.

Wirtschaft auf Wachstumskurs bringen

Makroökonomisch gesehen führen die durch Regulierungen verursachten Belastungen zu einer Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz, mögliches Wirtschaftswachstum wird eingeschränkt und Arbeitsplätze gefährdet bzw. die Schaffung neuer Arbeitsplätze verhindert. Der Abbau drückender Regulierungskosten in den KMU ist nur schon deshalb notwen-

dig, weil dadurch unsere Volkswirtschaft nachhaltig auf Wachstumskurs gebracht werden kann – mit positiven Auswirkungen auf Beschäftigung und Wohlfahrt.

Angesichts dieser alarmierenden Fakten fordert der sgv unter anderem, die Regulierungskosten für die KMU um netto 20 Prozent oder 10 Milliarden Franken (Reduktion um etwa 2 Prozent des BIP) bis ins Jahr 2018 abzubauen.

Wesentlich ist eine Netto-Reduktion, um zu verhindern, dass einfach bestehende Regelungen durch neue Regelungen ersetzt werden.

Verwaltungsunabhängige KMU-Regulierungskontrollinstanz

Zur Sicherstellung der Netto-Reduktion muss eine verwaltungsunabhängige KMU-Regulierungskontrollinstanz bei der Erarbeitung von Bundesgesetzen und Verordnungen eine Kontroll-

funktion ausüben können. Verursacht ein Gesetzes- oder Verordnungsentwurf zusätzliche administrative Kosten für die KMU (d.h. Verletzung der KMU-Verträglichkeit), muss das Gremium dieses Projekt an die Verwaltung zur Überarbeitung zurückweisen können.

Ein schlanker und bürgernahe Staat, der Unternehmergeist und Eigenverantwortung belohnt, ist nur möglich nach dem Motto: weniger Staat – mehr KMU!



Hans-Ulrich Bigler ist Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands und Mitglied der FDP/Die Liberalen. Vor seinem Amtsantritt beim sgv im Jahr 2008 stand er an der Spitze des Unternehmerverbandes der Schweizer Druckindustrie Viscom und sowie des Unternehmerverbandes der Schweizer Maschinenindustrie Swissmem. Bigler ist verheiratet, hat drei Kinder und wohnt in Affoltern am Albis.

Als grösster Dachverband der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv rund 280 Mitgliedverbände mit gegen 300 000 KMU. Im ureigenen Kerngeschäft «KMU-Politik» strebt der sgv generell die Reduktion gesetzlicher Normen und Vorschriften zusammen mit einer massiven Verringerung der Regulierungskosten in den KMU an.

Die Zürcher FDP setzt ganz auf den Kampf gegen unsinnige Bürokratie

David Müller, Geschäftsführer

Warum können sich Menschen nicht frei und eigenverantwortlich engagieren? Weshalb blüht Leuten, die ihr Haus energetisch sanieren wollen, ein bürokratischer Hürdenlauf mit einem komplizierten Bewilligungsverfahren und spitzfindigen gesetzlichen Vorgaben? Ist es zeitgemäss, dass der Staat Ladenbesitzern vorschreibt, wann sie geöffnet und welches Sortiment sie zu welcher Tageszeit zu verkaufen haben?

Die FDP findet «Gahts-no!» und hat der Bevölkerung mit zwei kantonalen Volksinitiativen den Puls gefühlt. Umweltschutz statt Vorschriften und der Kunde ist König heissen die beiden Initiativen, für die zwischen Herbst 2009 und Frühling 2010 insgesamt fast 200000 Unterschriften gesammelt wurden. Notwendig waren lediglich 12000. Auch im Parlament setzt die FDP Kanton Zürich als Vorreiterin seit geraumer Zeit Ausrufezeichen gegen Überregulierung und «Verbotitis»: Sei dies im Bereich der Umweltbürokratie, sei dies gegen den grassierenden Formular- und Publikationsaktivismus in der Verwaltung, oder sei dies in Bezug auf ein Verfallsdatum für Gesetze (Sunset Legislation).

Sowohl die beiden Initiativen wie auch die Vorstösse im Kantonsrat sind Projekte einer einzigen Kampagne: «Bürokratieabbau jetzt!». Dieses Thema ist mittlerweile sogar zum Wahlkampfthema der Schweizerischen FDP geworden. Herzstück der Zürcher Kampagne ist die Webseite www.bürokratieabbau.ch. Auf ihr entsteht das schweizweit erste Archiv absurder Bürokratie. Schreiben auch Sie Ihren Bürokratieärgern auf der Webseite nieder, und nehmen Sie automatisch am Wettbewerb um den erstmals ausgeschriebenen «Gahts-no!-Priis» teil, der im November dieses Jahres von der FDP Kanton Zürich vergeben wird.

Unterschriftensammeln leicht gemacht

Ein Vorurteil besagt, dass die Mitglieder der *FDP.Die Liberalen* für die Unterschriftensammlung auf der Strasse wenig erprobt oder mutig sind. Dass dies nicht stimmt, haben kantonale Parteien in den letzten Monaten mit erfolgreich eingereichten Initiativen bewiesen. Was aber garantiert den Erfolg bei der Unterschriftensammlung? Der folgende Erfahrungsbericht gibt Antworten.

**Curdin Mark, Parteisekretär
FDP.Die Liberalen Graubünden
Bürokratie-Stopp-Initiative**

Sobald alle Voraussetzungen erfüllt sind, das heisst die Bundeskanzlei den Initiativtext frei gegeben hat, das Komitee gebildet ist und die Unterschriftenbogen gedruckt sind, geht es darum, die nötigen Unterschriften auf der Strasse zu sammeln. Dies ist einerseits eine sehr gute Möglichkeit, vor anstehenden Wahlen die Kandidierenden unter Volk zu bringen, und andererseits auch für Parteimitglieder ein positives Erlebnis, wenn es entsprechend organisiert und umgesetzt wird. Wichtig dabei ist, dass gruppenweise gesammelt wird, denn so entsteht eine ansteckende und ermutigende Dynamik. Um sich sicher zu fühlen und auf Menschen zugehen zu können, erweist sich eine vorher zurechtgelegte Anrede als hilfreich. Die vorbeieilenden Passanten können so besser und schneller angesprochen werden. Der Inhalt und vor allem der konkrete Nutzen der Initiative müssen in zwei bis drei Sätzen aufgezeigt werden können.



Curdin Mark

Damit eine lancierte Volksinitiative erfolgreich eingereicht werden kann, sind folgende Punkte zu beachten:

Tipps zur Organisation

- Dezentrale Organisationsstrukturen (Kantone, Bezirke, Kreise, Orte)
- Ständiges, zentrales Controlling über die Sammelstellen (GS, Sekretariate)
- Detail-Konzept für die Logistik erarbeiten und umsetzen

Tipps zum Sammeln

- Standaktionen sind die effizientesten Sammelstellen
- Beim Sammeln mehrere ausgefüllte Unterschriftenbogen gut sichtbar auflegen. Dies gibt dem potenziellen Unterzeichner das Gefühl, dass er nicht allein ist, und die Hemmschwelle zur Unterzeichnung wird herabgesetzt.
- Unterschriftenbögen, die noch nicht voll sind, trotzdem sofort an die Sammelstelle zurücksenden.
- Unterschriftenbogen direkt auf der Strasse unterschreiben lassen. Nur nach Hause mitgeben, wenn es nicht anders möglich ist.
- Ein positives Gruppenerlebnis ist wichtig und trägt wesentlich zum Erfolg bei.

Es liegt nun an uns allen, der «Bürokratie-Stopp!»-Initiative mit viel Engagement zum Erfolg zu verhelfen, damit wir im Wahljahr 2011 mindestens 100000 Unterschriften an die Bundeskanzlei übergeben können. Beweisen wir, dass wir entgegen dem Vorurteil erprobte und mutige Unterschriftensammler sind!

Erfolgreicher Kampf auch in den Kantonen

Zu viel Bürokratie behindert die KMU in ihrer Arbeit und alle Bürgerinnen und Bürger in ihren Freiheiten. Die Volksinitiative «Bürokratie-Stopp!» der *FDP.Die Liberalen* kämpft dagegen an und stösst auf grosse positive Resonanz. Dies zeigt das Bedürfnis nach einfacheren Regulierungen. Auch in den Kantonen gibt es zahlreiche Hindernisse. Darum sind ähnliche Bestrebungen auch in den Kantonen Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Graubünden,

Solothurn und Schwyz sehr erfolgreich.

In Basel-Landschaft wurde 2005 die KMU-Entlastungsinitiative mit einer überwältigenden Mehrheit von über 85 Prozent angenommen. Dieser ausformulierte Gesetzesvorschlag enthielt ein Bündel von wirtschaftspolitischen Massnahmen, die darauf ausgerichtet waren, die KMU-Verträglichkeit aller kantonalen Erlasse zu gewährleisten und die KMU im Kanton

Basel-Landschaft durch gezielte Massnahmen administrativ zu entlasten. Im Kanton Solothurn wird am 3. Oktober die «KMU-Förderinitiative: Weniger Bürokratie – mehr Arbeitsplätze» erfolgreich zustandekommen. Die Initiative will den Kanton zu Massnahmen verpflichten, um die Reglungsdichte und die administrative Belastung insbesondere für die kleinen und mittleren Unternehmen so gering wie möglich zu halten.

Im Gesundheitswesen geht es um Menschen!

Zu oft dominiert in der Diskussion um die Ausgestaltung des Gesundheitswesens eine technokratische Sprache. «DRG», «Managed Care», «Fallpauschale», «Monismus»: Diese Begrifflichkeiten geben den Eindruck einer kalten, anonymen, ja technokratischen Dynamik im Gesundheitswesen. Dieser Eindruck ist falsch. Es ist darum Zeit, auch in der Kommunikation der Reformen wieder zum Menschen zurückzukehren!

Bundesrat Didier Burkhalter

Gesund sein, krank sein. Das gehört zum täglichen Leben. Oft verbunden mit Leid, Schmerzen, aber auch Hoffnung in den Heilungsprozess. Das erste Ziel der Gesundheitspolitik muss daher sein, gut zu pflegen. Und das Ziel für die Zukunft ist, noch besser zu pflegen! Dies ist der Fokus in der Gesundheitspolitik des Bundesrates.

Mit vier grundlegenden Reformen versuchen wir, in den nächsten drei bis fünf Jahren diesem grossen Ziel näherzukommen:

Erstens: Wir wollen die Koordination der Behandlung und der Pflege verbessern. Mit Hilfe der integrierten Versorgung, d. h. der Ärztenetzwerke, soll besser behandelt und gepflegt



werden und nicht einfach so viel wie möglich. Wir hoffen, dass bis 2015 60 Prozent der Menschen diesen Vorteil nutzen können und wollen. Damit verbunden ist auch eine Aufwertung der

Rolle der erstbehandelnden Ärzte. Indem wir zudem den Risikoausgleich verfeinern, wollen wir den Wettbewerb zwischen den Krankenkassen für mehr Qualität nutzen, die Risikoselektion soll sich nicht mehr lohnen.

Zweitens: Auch die Spitäler sollen die Qualität verbessern können. Die neue Spitalfinanzierung ist eine wichtige Etappe auf diesem Weg. Ziel ist es, letztlich eine kohärente Finanzierung über das gesamte Gesundheitssystem herzustellen. Die beste Pflege soll im Vordergrund sein, die Art der Finanzierung soll medizinische Entscheidungen nicht beeinflussen.

Drittens: Die Prävention soll besser werden. Dies hilft, Krankheiten zu vermeiden und so die Lebensqualität der Menschen zu verbessern. Nicht

nur das Leben soll sich verlängern, sondern auch das Leben in guter Gesundheit.

Viertens: Das Räderwerk zwischen Bund, Kantonen und Privaten muss noch besser harmonisieren. Dazu ist mittelfristig wohl eine Verfassungsänderung ähnlich dem Wesen der neuen Bildungsartikel vonnöten.

Diese grundsätzlichen Reformen sollen das Gesundheitswesen menschlicher und besser gestalten. Es ist von zentraler Wichtigkeit, dass diesem Ziel auch in der Kommunikation der Reformen gebührend Rechnung getragen wird. Diese politische Strategie für das Wohl der Menschen durchzusetzen, braucht Zeit und viel Energie. Sie ist dauerhaft über mehrere Jahre hartnäckig zu verfolgen.

Druckvorlagen zu Hause gestalten

Vincenzo Pedrazzini, Vizepräsident und Wahlkampfleiter

Wer hat nicht schon mal an einem Samstag schnell eine gut aussehende Veranstaltungseinladung erstellen wollen? Wer wollte nicht bereits unbürokratisch ein kleines Inserat erstellen für die Schulpflege-Ersatzwahl? Bisher war dies umständlich, man war an Öffnungszeiten gebunden und teilweise von teuren Grafikern abhängig. Die FDP bietet ab sofort eine einfache, kostengünstige Alternative: Web2Print.

Web2Print ist ein webbasiertes und daher für alle zugängliches System, welches erlaubt, grafische Produkte nach Vorlage zu erstellen. Mit diesem Instrument, das sehr ähnlich wie Word funktioniert, können Sie professionelle grafische Produkte für alle Anforderungen gestalten. Web2Print eignet sich für alle einfachen, standardisier-



Hochstehende grafische Produkte sind zentral für den Erfolg an der Urne.

ten Anwendungen – Plakate, Inserate, Flyer, Visitenkarten, Abstimmungshilfen oder auch Veranstaltungseinladungen. Insgesamt sind bereits 80 Vorlagen verfügbar, bei denen Bilder- und

Textelemente selbstständig eingefügt und gestaltet werden können. Nach erfolgreichem Erstellen kann man sich entweder ein druckfähiges PDF-Dokument zustellen lassen oder aber

auch direkt einen Druckauftrag erstellen. Innerhalb weniger Tage ist die Bestellung an der gewünschten Adresse.

Web2Print bringt in mehrfacher Hinsicht einen direkten Nutzen für alle Kandidierenden und Sektionen. Einerseits kann man automatisch unser Corporate Design einhalten und professionelle Produkte erstellen. Dies stärkt unseren Wiedererkennungswert. Andererseits kann man den Prozess (Ideenentwicklung, Gestaltung, Bestellung/Druck) massiv vereinfachen und beschleunigen. Dank den schlanken Strukturen und den verfügbaren Vorlagen lassen sich hohe Kosten einsparen. Ein druckfähiges, hochauflösendes PDF können Sie für nur 90 Franken erstellen. Damit erhalten Sie ein optimales Instrument für den Wahlkampf.

Wünschen Sie ein Gratis-Login? Melden Sie sich unter web2print@fdp.ch.



Am Paradeplatz treffen sich die beiden systemrelevanten Schweizer Banken CS und UBS.

Wirksame Mittel gegen die Gefahr

Vier Wörter stehen seit Beginn dieser Finanz- und Wirtschaftskrise symptomatisch für den Vertrauensverlust in die Finanzbranche: «Too big to fail». An einer Pressekonferenz hat die FDP vernünftige und wirksame Massnahmen präsentiert.

ms. Der oft zitierte Ausdruck «Too big to fail» beschreibt die Situation, in der eine Grossbank in existenzielle Schwierigkeiten gerät und vom Staat, also vom Steuerzahler, gerettet werden muss. Schreitet der Staat nicht ein, könnte die Bank zusammenbrechen und würde so die ganze Volkswirtschaft mit in den Abgrund reissen. In der Schweiz bezieht sich die Gefahr insbesondere auf die beiden Grossbanken, wobei die eine ja bekanntlich Hilfe beanspruchen musste. Die Lehren aus dem UBS-Desaster müssen gezogen und die richtigen Massnahmen ergriffen werden. Denn der Vertrauensverlust ist immens.

FDP.Die Liberalen will den Finanzplatz stärken und seine Glaubwürdigkeit erhöhen. Dabei geht es nicht darum, fehlbares Verhalten der Banken zu rechtfertigen, sondern es geht um die

Sicherung von Tausenden von Arbeitsplätzen. Im Finanzsektor arbeiten nämlich viele Schweizerinnen und Schweizer, die sich nicht mit den exzessiven Boni einzelner Personen identifizieren können.

Die «Too big to fail»-Problematik verlangt also nach Lösungen, um die Stabilität des Schweizer Finanzsektors zu sichern. Es müssen jedoch vernünftige und konkrete Massnahmen sein, die den Grossbanken ein langfristig erfolgreiches Geschäftsmodell ermöglichen. Dafür setzt sich die FDP ein. Im Interesse der Arbeitsplätze und der Wirtschaft sollen systemrelevante Banken passenden Regeln unterworfen werden. Die umfassende FDP-Strategie zur Lösung des «Too big to fail»-Problems besteht aus mehreren Säulen, die an einer Pressekonferenz am 17. August der Öffentlichkeit vor-

gestellt wurden. Unter anderem fordert die FDP.Die Liberalen höhere Kapitalreserven und gesteigerte Liquiditätsvorschriften. Obligationäre, heute durch Sanierungsmassnahmen völlig geschützt, müssen Verantwortung übernehmen. Zudem müssen die Aufsichtsbehörden vorausschauen und Klumpenrisiken verhindern. Dies sind nur einige unserer Massnahmen, die aber auch Grenzen kennen, denn sie sollen vernünftig sein. So sagen wir Nein zur Auftrennung der Universalbanken und Nein zu neuen Steuern.

Die Massnahmen der FDP.Die Liberalen führen die bereits erreichten Verbesserungen weiter und basieren auf den Empfehlungen der Arbeitsgruppe des Bundes. Diese Arbeitsgruppe wird in Kürze einen mit Spannung erwarteten Bericht publizieren. Nicht nur in der Schweiz wurde das

Problem der systemrelevanten Banken erkannt, sondern es sind auch internationale Gremien an der Ausarbeitung von Lösungen. Zurzeit tagt der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht, und erarbeitet eine Vorlage für den G20-Gipfel vom November in Seoul.

Das Schicksal eines ganzen Landes darf nicht von den Geschäftspraktiken und dem Erfolg eines Finanzinstituts abhängen. Dagegen setzt sich die FDP ein. Jedoch ist es wichtig, das Kind nicht mit dem Bade auszuleeren, also vernünftige Regelungen zu finden. Regelungen, die wirken. Neben den Massnahmen gegen die «Too big to fail»-Problematik stärkt auch die Weissgeldstrategie der FDP die Attraktivität des Schweizer Finanzplatzes – ihre Umsetzung wird vorangetrieben.

Sagen Sie uns Ihre Meinung

Nehmen Sie an der Umfrage teil und gewinnen Sie ein Traumauto für ein Wochenende.

Liebe Leserinnen und Leser

Das Team vom *Schweizer Freisinn* ist ständig bestrebt, die Qualität und Leserfreundlichkeit der Zeitung zu verbessern. Aus diesem Grund führen wir eine grosse Umfrage unter allen Leserinnen und Lesern durch.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie sich fünf Minuten Zeit nehmen und die nebenstehenden Fragen ausfüllen. **Unter allen Teilnehmenden verlosen wir ein Traumauto für ein Wochenende! Einsendeschluss ist der 31. Oktober 2010.** Sie können in zwei Formen an der Umfrage teilnehmen:

1. Entweder Sie beantworten die Fragen gleich hier auf Papier, reissen die Seiten raus und senden sie an **FDP.Die Liberalen**
Leserumfrage Schweizer Freisinn
Neuengasse 20, Postfach 6136
3001 Bern
2. Oder Sie füllen die Fragen schnell und online aus über diesen Link:
www.surveymonkey.com/s/PGC627R

Vielen Dank für Ihre Mithilfe und viel Glück in der Verlosung.

Ihr Team vom Schweizer Freisinn

Ihre Telefonnummer oder E-Mail-Adresse für die Verlosung:



Mit etwas Glück geniessen Sie vielleicht schon bald dieses Fahrzeug für ein Wochenende.

**Füllen Sie die Fragen direkt hier aus und senden Sie sie an obenstehende Adresse oder noch schneller online über den Link:
www.surveymonkey.com/s/PGC627R**

Hutter Dynamics

Sponsor dieses grossartigen Hauptpreises ist die Firma Hutter Dynamics von FDP-Nationalrat Markus Hutter.

1. Angaben zur Person (Geschlecht und Alter)

- weiblich 26–35 Jahre 56–65 Jahre
- männlich 36–45 Jahre über 65 Jahre
- bis 25 Jahre 46–55 Jahre

2. Wie beurteilen Sie den «Schweizer Freisinn» insgesamt?

- sehr gut eher gut eher schlecht sehr schlecht weiss nicht

3. Wie gefällt Ihnen die optische Gestaltung des Schweizer Freisinns? (1 = sehr gut, 5 = überhaupt nicht)

- 1 3 5
- 2 4 weiss nicht

4. Wie beurteilen Sie die Themenauswahl?

- langweilig eher langweilig
- eher spannend spannend weiss nicht

5. Gibt es Themen, die Sie besonders interessant oder langweilig finden? Bitte nennen Sie eine Nummer: 1 = sehr interessant, 2 = eher interessant, 3 = eher langweilig, 4 = sehr langweilig

- | | |
|-------------------------------|-----------------------------|
| _____ Nationale Sachgeschäfte | _____ Mix-Seite |
| _____ Jungfreisinnige | _____ Unter Freisinnigen |
| _____ Aus den Kantonen | _____ Unternehmer-Portraits |
| _____ FDP International | _____ Politiker-Portraits |
| _____ FDP Service Public | _____ Reiseberichte |
| _____ FDP Frauen | _____ Interviews |
| _____ Karikatur | _____ andere Themen? |

6. Haben Sie einen Verbesserungsvorschlag? Möchten Sie über gewisse Themen mehr lesen? Vermissen Sie gewisse Themen?

7. Bitte schätzen Sie: Wie viele Prozent einer Ausgabe lesen Sie jeweils?

- ich lese die Zeitung nie 76–100 %
- 0–25 % ich lese die gesamte Ausgabe
- 26–50 % weiss nicht
- 51–75 %

8. Wie beurteilen Sie den Umfang der Zeitung?

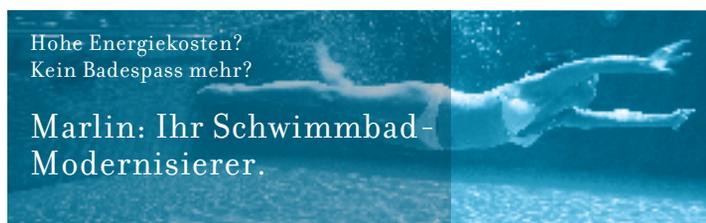
- zu kurz genau richtig zu lang weiss nicht

9. Stimmt für Sie das Verhältnis zwischen Bildern und Text?

- ja, stimmt so nein, ich möchte mehr Bilder
- nein, ich möchte mehr Text weiss nicht

10. Wie gefällt Ihnen die Papierqualität der Zeitung? Würden Sie den Freisinn in Form eines Magazins statt einer Zeitung bevorzugen? Sagen Sie uns Ihre Meinung.

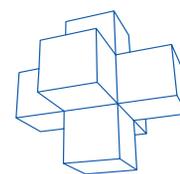
Anzeige



Alles über umfassende Pool-Modernisierung in Garten und Haus:
www.marlin.ch/modernisierung

Marlin AG · CH-6312 Steinhausen
Tel. 041 741 44 45 · service@marlin.ch





Ohne Revision: weniger Lohn!

26. September 2010

**Gerechte Sanierung der
Arbeitslosenversicherung**



www.fdp.ch/alv
